

Zippert zappt

Das Weltklima könnte weitaus besser, wahrscheinlich sogar gerettet sein, wenn die Deutschen nicht so viele Geländewagen kaufen würden. Die begehrten Autos haben immer mehr PS und sorgen für 9,5 Millionen Tonnen zusätzliches Kohlendioxid. Wie lässt sich erklären, dass ein Volk der fanatischen Mülltrenner sinnlos große Autos bevorzugt, die auf keinen Parkplatz passen? Schuld ist das Verkehrschaos. Weil immer mehr und immer größere Autos unterwegs sind, werden die Staus auch immer länger und größer. Da will es der SUV-Fahrer wenigstens bequem haben und stellt sich mit dem größten SUV in den Stau. Schuld ist aber vor allem die bevorstehende Klimakatastrophe. Die Deutschen fürchten sich vor Flüssen, die über die Ufer treten, Wirbelstürmen, die Dächer abdecken und Kleinwagen durch die Luft wirbeln. Ein schwerer Geländewagen kann dem Hurrikan trotzen, er wühlt sich durch Schlamm und unter Wasser stehende Anliegerstraßen. Kurz gesagt, der SUV schützt seinen Besitzer vor den Folgen der Klimakatastrophe, die er durch seinen Autokauf verursacht hat.

THEMEN



FEUILLETON

Was kann das neue Schloss dem neuen Berlin geben?

Leitartikel Seite 3 und Seite 22

POLITIK

Bodo Ramelow über Geburtenpolitik und Tarifchinesisch

Seite 5

FINANZEN

Der Immobilienfonds lebt wieder auf

Seite 13

WISSEN

Europäer kommen aus der russischen Steppe

Seite 20

DAX

Im Plus

Seite 15

DAX	EURO	DOW
Xetra-Schluss	EZB-Kurs	17.45 Uhr
11.332,78	1,1232	18.054,38
Punkte	US-\$	Punkte
+0,60%	-0,42%	+0,30%

ANZEIGE

Die Top 10 „Toxine der Tiere“
Heute um 21.05 Uhr **N24**

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/welt
Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/welt

„Die Welt“ digital

Lesen Sie „Die Welt“ digital auf allen Kanälen – mit der „Welt“-App auf dem Smartphone oder Tablet. Attraktive Angebote finden Sie auf welt.de/digital oder auch mit den neuesten Tablets auf welt.de/bundle



PHANG IMAGES; DRÄPSTEHANE PILCK

Dracula vom Dienst

Wenn im Film der Bösewicht gesucht wurde, war er immer die erste Wahl. Er spielte den Zauberer Saruman in „Herr der Ringe“ oder den „Mann mit dem goldenen Colt“ bei James Bond. Aber eine andere Rolle machte ihn weltberühmt. Er war über

Jahrzehnte der Dracula vom Dienst – ein eleganter Verführer, der es aber leider auf das Blut der Damen abgesehen hat (Foto). Der britische Schauspieler Christopher Lee starb jetzt mit 93 Jahren in London. **Seite 21**

Verfassungsschutz soll Hackerangriff aufklären

Sicherheitsexperten vermuten, dass russische Spezialisten den Bundestag ausspionieren. Eingeschleuste Trojaner möglicherweise noch aktiv

ULRICH CLAUSS, MANUEL BEWARDER UND FLORIAN FLADE

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wird die Untersuchungen zum Hackerangriff auf den Bundestag begleiten. Das kündigte Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) in einem Brief an die Abgeordneten an. Der Geheimdienst werde aber nicht innerhalb des IT-Systems des Bundestags tätig. Darauf hatte sich der Ältestenrat des Parlaments zuvor verständigt. Zuvor hatte es über den Umfang der Beteiligung der Verfassungsschützer Streit gegeben. Nach der Cyberattacke auf das Computernetz des Bundestags muss dieses umfangreich erneuert werden. Neben der laufenden Systembereinigung sollte „mindestens in Teilen mit einer Neuaufsetzung des IT-Systems des Deutschen Bundestages“ begonnen werden, schrieb Lammert weiter. Es müsse nach derzeitigem Kenntnisstand aber keine Hardware ausgetauscht werden. Die Analyse des Hackerangriffs gehe weiter. Den Nachforschungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) und der Bundestags-

verwaltung zufolge kam es in den vergangenen zwei Wochen zu keinen Datenabflüssen mehr, berichtet Lammert weiter. „Das bedeutet nicht, dass der Angriff endgültig abgewehrt und beendet wäre.“ Die in das Bundestags-Netzwerk Parla-

kom eingeschleusten Trojaner sind möglicherweise immer noch aktiv. Zudem kann

USA BESONDERS HÄUFIG BETROFFEN

Nicht nur deutsche Behörden werden von Hackern attackiert, auch die Amerikaner sind Opfer. Vor wenigen Tagen unterrichtete die Personalbehörde der US-Regierung etwa vier Millionen Amerikaner über einen möglichen Diebstahl sensibler Daten. Hinter dem massiven Cyberangriff werden chinesische Spione vermutet. Im Januar verschafften sich Hacker Zugang zum Twitter- und zum YouTube-Kanal des US-Zentralkommandos Centcom in Tampa (Florida). Centcom koordiniert die Luftschläge gegen die Terrormiliz IS im Irak und in Syrien.

offenbar nicht ausgeschlossen werden, dass die Schadsoftware auch nach längerer Inaktivität wieder auftauche.

Im Rahmen der Ermittlungen verdichten sich die Hinweise auf einen russischen Hintergrund. Wie die „Welt“ aus Sicherheitskreisen erfuhr, ist allerdings noch unklar, ob es sich bei dem Angreifer um einen russischen Geheimdienst oder eine andere russische Organisation handelt. Namentlich wird allerdings immer wieder der russische Nachrichtendienst FSB als potenzieller Angreifer genannt. In Russland gibt es enge Verbindungen zwischen den Geheimdiensten und der organisierten Kriminalität. Der Generalbundesanwalt hat ein Prüfverfahren wegen des Anfangsverdachts der Spionage eingeleitet.

Eine mit den Ermittlungen vertraute Person sagte der „Welt“: „Das waren keine Informatik-Kids, das ist eine Geheimdienst-Attacke.“ Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen sagte am Rande einer Konferenz zur Cybersicherheit in Potsdam lediglich, er habe die Sorge, „dass es sich um einen Cyberangriff eines ausländischen Nachrichtendienstes handelt“. Den Angriff nannte der Verfassungsschutzchef „beachtlich“.

Siehe Kommentar und Seite 4

Gericht in Athen stoppt das Sparprogramm

Renten dürfen nicht gekürzt werden

ATHEN – Neue Probleme im griechischen Schuldendrama: Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Athen sind die im Rahmen des Sparprogramms vor drei Jahren verhängten Rentenkürzungen verfassungswidrig und müssen zurückgenommen werden. Schätzungen zufolge muss der Staat damit pro Jahr etwa 1,5 Milliarden Euro mehr aufbringen. Ende Juni droht Griechenland die Staatspleite, wenn keine Übereinkunft über die Auszahlung von 7,2 Milliarden Euro an Hilfsgeid erzielt wird. Die Geldgeber verlangen von Athen ein verbindliches Reformprogramm. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann mahnte zur Eile: „Die Zeit läuft ab, und das Risiko einer Insolvenz nimmt täglich zu.“

Zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Regierung in Athen bestehen inzwischen „bedeutende Differenzen“, wie ein IWF-Sprecher sagte. In ungewöhnlich scharfen Tönen kritisierte er einen Mangel an Kompromissbereitschaft auf griechischer Seite. Das IWF-Team habe die Verhandlungen in Brüssel verlassen. **Seite 9**

Mers: Schon zehn Todesopfer in Südkorea

Virus verbreitet sich überraschend schnell

SEOUL – Der Mers-Ausbruch in Südkorea hat ein zehntes Todesopfer gefordert. Zudem wächst im Land die Sorge vor Auswirkungen der Viruserkrankung auf die Wirtschaft. Die südkoreanische Zentralbank senkte unter anderem wegen Mers die Zinsen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das Gesundheitsministerium meldete neben dem jüngsten Todesfall auch 14 Neuerkrankungen. Die Zahl der Patienten mit der schweren Atemwegserkrankung stieg seit dem Ausbruch vor drei Wochen auf 122. Nicht nur Exporte gingen zurück, die Menschen gaben wegen Mers auch weniger Geld aus, hieß es von der Zentralbank. Die Südkoreaner gehen kaum noch aus. Der Tourismusindustrie bereiten Zehntausende von Reisesstornierungen aus dem Ausland große Sorgen.

Mers-CoV, das erstmals 2012 in Saudi-Arabien nachgewiesen wurde und sich als ansteckender erweist als gedacht, zählt wie viele Erkältungsviren zu den Coronaviren. Der Ausbruch in Südkorea ist der bislang größte außerhalb der Arabischen Halbinsel. **Seite 20**

KOMMENTAR

Cyber-Attacke mit Ansage

ULRICH CLAUSS

Der Angreifer kann fürs Erste zufrieden sein. Die Cyberattacke auf den Bundestag kommt jedenfalls einem Offenbarungseid deutscher IT-Sicherheitspolitik gleich. Und das in mehrfacher Hinsicht. Im politischen Zentrum des Landes geht es zu wie auf dem Hühnerhof, weil die Bundestagsverwaltung zu einer geordneten Informationspolitik nicht in der Lage zu sein scheint.

In dieses Vakuum stoßen mehr oder weniger qualifizierte Auskünfte von Bundestagsabgeordneten mit völlig unterschiedlichen Einschätzungen zum Umfang des Schadens und den daraus folgenden Konsequenzen. Das Spektrum reicht von einem guten Dutzend infizierten Rechnern bis zu der Forderung, das gesamte Netzwerk mit seinen über 20.000 Computern samt Software auszutauschen. Vier Wochen nach Bekanntwerden des Angriffs steht also nicht einmal seine Größenordnung fest. Wo eine gesicherte Expertise über den zugrunde liegenden Sachverhalt fehlt, lässt es sich dafür umso beherzter politisch aufeinander einprügeln. Die Fraktionen streiten sich vor allem darüber, ob der Verfassungsschutz Krisenhilfe leisten soll oder nicht. Vor allem die Linkspartei äußerte Vorbehalte frei nach dem Motto: Lieber die Russen im Netz als die eigenen Sicherheitsbehörden.

Da will man gar nicht wissen, wie es zu dem Angriff überhaupt kommen konnte. Fest steht, dass die Verantwortung für die IT-Sicherheit bei der Bundestagsverwaltung liegt, die bislang ihre IT-Autonomie gegenüber dem für das deutsche Behördennetz zuständigen Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) behaupten konnte. Dass die Bundestagsverwaltung auch damit überfordert sein könnte, deutete sich bereits im Frühjahr letzten Jahres an, als sich herausstellte, dass in ihrem Verantwortungsbereich über 5000 Computer mit veraltetem, das heißt unsicherem Betriebssystem laufen – wie die „Welt“ herausgefunden hatte.

Es ist hohe Zeit für die deutschen Sicherheitsbehörden, namentlich den Bundesinnenminister, mit dem Parlament als Souverän, der sich gerade als überhaupt nicht souverän erweist, ein klares Wort zu reden. Und die Abgeordneten sollten ihrer eigenen Verwaltung einmal gründlich auf die Finger schauen lassen, was die bei der IT-Sicherheit eigentlich so treibt.

Es mangelt in Deutschland nicht an Kompetenz und Technik. Man muss die Experten allerdings auch ihre Arbeit machen lassen. Es geht dabei – das sei nur nebenbei erwähnt – um nichts weniger als die nationale Sicherheit des Landes.

ulrich.clauss@welt24.de

90 Millionen Euro haben einen Besitzer

Ängstlicher Tscheche meldet sich nach vier Wochen, um Lottogewinn abzuholen

HANS-JÖRG SCHMIDT

Knapp vier Wochen nach der für ihn überaus glücklichen Ziehung hat sich endlich der Gewinner des 90-Millionen-Euro-Jackpots aus Tschechien gemeldet. Wie ein Sprecher der tschechischen Lottogesellschaft der „Welt“ sagte, sei der „Mann mittleren Alters“ am Vormittag mit dem Zug aus der 100 Kilometer östlich von Prag gelegenen Stadt Pardubice in die Hauptstadt gereist. Er habe dann in der Lottozentrale angerufen, „mit leiser Stimme“ von dem Gewinn erzählt und gefragt, an wen er sich jetzt wenden müsse. „Der Mann war leger mit einem T-Shirt und Jeans bekleidet und hatte einen Rucksack bei sich“, beschrieb der Sprecher den Gewinner. „Er war sehr, sehr nervös. Einen wirklich glücklichen Eindruck hat er nicht hinterlassen.“ Dass der Gewinner sich erst so spät gemeldet hat, habe er mit „gewaltiger Angst“ begründet. „Er hat gemeint, dass man ihm den Gewinn äußerlich ansehen könnte, und fürchtete sich nach

seinen Worten vor allem vor Fotografen.“ Wochenlang habe er versucht, sich zu beruhigen und mit dem Gedanken klarzukommen, dass er jetzt einer der reichsten Menschen seines Landes sei. Das sei ihm aber nur mäßig gelungen. „Der zuständige Mitarbeiter hat den Gewinner auch nach Kräften zu beruhigen versucht. Wir halten die Dinge alle strengstens geheim. Nicht einmal der Pförtner bei uns wusste, was der Mann eigentlich wollte. Sicherheitshalber haben wir dem Glückspilz aber Kontakte zur psychologischen Beratung mit auf den Weg gegeben. Und zugleich umgerechnet 10.000 Euro. Das ist der Maximalbetrag, den wir cash auszahlen.“ Der Rest wird innerhalb von 60 Tagen dann auf das Konto überwiesen.

Übrigens: Die Lottogesellschaft wollte gerade einen großen Aufruf starten, um den Gewinner zu finden. Der Lottosprecher sagte, was wohl viele im Land denken: „Wenn der Gewinn verfallen wäre, hätte sich ganz Europa an die Stim gefasst, und wir wären zum allgemeinen Gespött geworden.“

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10889 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410 Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. Tel. 030/2590, Fax 030/2597606, E-Mail: redaktion@welt24.de; Anzeigen: 030/585890, Fax 030/585891, E-Mail anzeigen@welt24.de, Kundenservice: DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin, Tel. 0800/9 35 85 37, Fax 0800/9 35 87 37, E-Mail kundenservice@welt.de
A 3,20 € / B 3,20 € / CH 5,00 CHF / CZ 95 CZK / CY 3,40 € / DK 25 DKK / E 3,20 € / IL 3,20 € / F 3,20 € / FIN 3,20 € / GB 3,00 GBP / GR 3,40 € / H 820 FT / I 3,20 € / IRL 3,20 € / KRO 28 KNY / L 3,20 € / MLT 3,20 € / N 38 NOK / NL 3,20 € / P 3,20 € (Cont.) / PL 15 PLN / S 42 SEK / SK 3,20 € / SLO 2,80 €

ISSN 0773-8437

134-24

ZKZ 709



ANZEIGE

WIE DENKT DER SCHWARM?

DIE ANTWORT GIBT'S IN WELT DER WUNDER.

MO-FR UM 19.10 UHR AUF

Forum

LEITARTIKEL

Barock und Weltkultur

Karl Friedrich Schinkel, der bedeutendste Architekt Preußens, gilt vielen als großer Innovator. „Überall ist man nur da wahrhaft lebendig, wo man Neues schafft“, ist eines seiner bekanntesten Zitate. Zugleich war er einer der Ersten, der den Wert alter Bauwerke für die Gegenwart erkannte. Er gehörte zu den treibenden Kräften, als man beschloss, den jahrhundertlang unvollendeten Kölner Dom getreu den gotischen Plänen endlich zu Ende zu bauen. Schinkel ergänzte verfallene Burgen im mittelalterlichen Stil und beschäftigte sich mit der Idee, römische Villen zu rekonstruieren.

Obwohl ihn der Barock weniger interessierte, nötigten ihm zwei Bauwerke dieser Epoche in Berlin großen Respekt ab. In einem Gutachten für König Wilhelm III. schrieb er 1817: „Von eigentlich klassischen Gebäuden, die in ihrer ganzen Idee etwas wirklich Eigentümliches und vorzüglich Großartiges haben, besitzt Berlin nur zwei: das Königliche Schloss und das Zeughaus ... Sie stehen als Monumente der Kunst da und werden immer wichtiger, je weniger die Zeit imstande sein wird, sich auf so große und vollkommene neue Werke einzulassen.“ Deshalb sei es umso wichtiger, „die geerbten Schätze in ihrer ganzen Herrlichkeit zu erhalten, selbst in den ungünstigsten Zeiten sind die hierauf zu verwendenden Mittel nie als eine überflüssige Verschwendung anzusehen, weil der zwar nur indirekte Nutzen, welcher daraus erwächst, zu allgemein und groß ist.“ Sein damaliges Plädoyer klingt, als wäre es für das heutige Richtfest des neuen Berliner Schlosses formuliert worden. 200 Jahre nach Schinkels Aufruf sind die meisten Bürger wieder bereit, sich auf dieses Werk einzulassen.

Aber wie lange hat es gedauert! Als die DDR nach ihrer Staatsgründung im Herzen Berlins aufräumte, war kaum noch jemand dazu bereit – auch im Westteil der Stadt nicht. Man sprengte die Ruine des barocken Kolosses 1950, um Platz zu schaffen für Massenaufmärsche zum Ruhme des siegreichen Sozialismus. Wie paradox, dass Ost-Berlin im gleichen Jahr begann, das zweite von Schinkel so verehrte Gebäude wieder aufzubauen: das Zeughaus am Beginn der Linden, das doch viel eher für den verhassten preußischen Militarismus stand als die Hohenzollernresidenz.

Und wie klein war anfangs der Kreis derer, die nach 1989 für die Rekonstruktion dieses bedeutendsten Barockbauwerks in Norddeutschland warben! 1993 errichtete der Schlossverein jene Attrappe, die bei

Richtfest beim Berliner Schloss: Außen wachsen prächtige Fassaden empor, innen entsteht ein großartiges Museum der außereuropäischen Kunst. Jetzt sollte man nur keine politisch korrekte Volkshochschule daraus machen



RAINER HAUBRICH

vielen Skeptikern zu einem Umdenken führte. Jetzt steht das gleiche Volumen als Rohbau vor aller Augen, und dieser wirkt heute ebenso irreal, aber auch ebenso stimmig im Zusammenspiel mit den umliegenden Gebäuden wie damals jene Pata Morgana.

Dass die moderne Architektur an diesem Ort keinen großen Auftritt bekam, hat sie sich selbst zuzuschreiben. Zu wenig überzeugend waren die vielen Gegenentwürfe zum Schloss, zu gering das Vertrauen einer satten Mehrheit von Abgeordneten im Deutschen Bundestag in die Fähigkeit der zeitgenössischen Architekten, einen Koloss zu gestalten, der es mit der Wucht, mit der Kraft und der noblen Pracht des Schlosses hätte aufnehmen können.

Andere Städte in Deutschland gingen zuletzt den gleichen Weg der Rekonstruktion. Dresden mit der Frauenkirche, Hannover, Braunschweig und Potsdam mit ihren Schlössern. Selbst Frankfurt am Main, das stolz auf seine moderne Skyline ist, hat das Palais Thurn und Taxis rekonstruiert und baut seine Altstadt wieder auf. Die Kritik daran klingt besonders seltsam aus Städten, die von Glück sagen können, dass ihre Wahrzeichen verschont oder nach dem Krieg wiederhergestellt wurden: München erhielt damals Residenz und Kirchen zurück, Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe rekonstruierten ihre Schlösser, Köln seine romanischen Kirchen.

Während man sich die künftige Gestalt des Berliner Schlosses mittlerweile gut vorstellen kann, gilt die neue Nutzung immer noch als unausgegoren. Warum eigentlich? Es werden hier herausragende Sammlungen mit Kunstwerken aus Afrika, Indien, China, Japan, Amerika und Polynesien einziehen. Künftig kann man auf der Spreeinsel in sechs großartigen Häusern die Kunst fast aller Zeiten und Weltregionen sehen. Das findet man nirgends sonst. Nun gilt es, sich auf diese fernen und oft unbekannten Welten genauso einzulassen wie auf das neue Bauwerk selbst.

Es bleibt ein wagemutiger Entschluss, dass Deutschland das bedeutendste Gebäude im Herzen seiner Hauptstadt den außereuropäischen Kulturen widmet. Dass es hier den Blick in die Zukunft einer Welt richtet, die enger denn je zusammenrücken wird und in der man enger denn je kooperieren muss. Allerdings klingt es in der Tat etwas nebulös, wenn in Erklärungen, Konzeptpapieren und Workshops von einem „Dialog der Kulturen“ die Rede ist, der im Humboldt-Forum inszeniert werden soll. Man ahnt den „One World“-Kitsch, der mit diesem Ideal auch verbunden sein kann. Man sieht schon den erhabenen Zeigefinger, der vorgibt, welchen Lernerfolg jeder Besucher in diesem Haus erzielen soll: die „Gleichberechtigung aller Kulturen“ zu erkennen, mehr noch, ihre „Gleichwertigkeit“. Das Humboldt-Forum als Volkshochschule, in die man als „eurozentrischer, weißer Mann“ hineingeht und als politisch korrektes Weltwesen wieder herauskommt?

Könnte es nicht sein, dass Besucher nach der Beschäftigung mit den Artefakten und Geschichten anderer Kulturen zum Ergebnis kommen, dass das Abendland trotz seiner Schwächen und kolonialen Sünden doch ziemlich großartig ist? Dass sie am Ende die liberale Demokratie jeder Stammestradition für überlegen halten, aufgeklärte Religiosität fortschrittlicher finden als Schamanentum, Rembrandt wertvoller als ein japanisches Bild der Edo-Zeit? Die „Gleichwertigkeit“ ist ja selbst eine westliche Idee, die ihre Verfechter – unausgesprochen – für überlegen halten. Das Humboldt-Forum wird der ideale Ort für das Gespräch über solche Fragen sein.

„Zukunft braucht Herkunft“, lautete eine Formel des jüngst verstorbenen Philosophen Odo Marquard. Das neue Haus auf der Spreeinsel steht für beides: Kein anderes Gebäude der Stadt hat so viel Geschichte gespeichert wie das Berliner Schloss, und als Ort der Weltkulturen wird es weit in die Zukunft blicken. Lassen wir doch den Besuchern die Freiheit, darin zu sehen, was sie sehen wollen.

rainer.haubrich@welt24.de

KOMMENTAR

Kinder sind Staatsaufgabe



MARIUS SCHNEIDER

Wo ist der Punkt, an dem es kippt? An welcher Stelle wird aus dem süßen Jungen, der auf dem Fußboden mit Autos spielt, das Crashkid, der gewaltbereite Drogenabhängige? Irgendwo in jeder dieser 21.000 Kinderbiografien, die die Vodafone-Stiftung gestern in ihrer Studie für Deutschland als für die Gesellschaft verloren diagnostiziert hat, muss es diesen Punkt gegeben haben, ab dem in der Biografie etwas schiefeht. Und jeder, der diesen wunden Punkt ernsthaft sucht, wird feststellen: In diesen Momenten ist der Staat weit weg!

Kein Kind darf verloren gehen. Die Forderung klingt hehr und einfach. In Wahrheit wissen wir: Es ist die Verantwortung der Eltern, ihren Kindern jenen Raum aus Liebe und Sicherheit zu geben, den sie brauchen. Daher ist die Wahrheit auch: Bei den meisten dieser Kinder sind bereits die Eltern selbst verloren. Manche physisch, durch Unfall und Tod. Manche in weiterem Sinne, durch psychische Probleme, soziale Zwangslagen, Kriminalität, Drogen-

sucht. Schicksal, könnte man sagen, oder – moralisch gewendet – Schuld. Oder zynisch und mit Blick auf die Kinder: Pech.

Doch dass sich eine Gesellschaft wie die deutsche diese Antwort nicht leisten kann, sollte nicht nur ein humanistischer Reflex sein. Und auch kein ökonomischer. So sauber die Studie auch vorrechnet, dass Geld für Präventionsmaßnahmen den Staat allemal günstiger kommen als Maßregelvollzug oder Heimerziehung: Die finanzielle Logik ist richtig, aber zu kurz gedacht. Es geht um Politik. Gerade weil hinter den meisten gescheiterten Kinderbiografien auch gescheiterte Biografien gesunder Bürgerlichkeit stecken, geht es auch um die Frage: Wie erhalten wir jene selbstbestimmungswillige und -fähige Bürgerschicht, die die Basis einer stabilen demokratischen Gesellschaft ebenso bildet wie der fürsorglichen Erziehung unserer Kinder. Und damit ist er wieder im Spiel, der Staat. Nicht nur mit sozialen Programmen und Geldsegen. Sondern vor allem mit klaren Regeln, Infrastruktur und dem Willen zur Unterstützung und Förderung des eigenverantworteten wirtschaftlichen und sozialen Erfolges. Jede Investition hier ist richtig. Sonst kippt nicht nur eine Biografie, sondern auch die Gesellschaft.

marius.schneider@welt24.de

MADE IN GERMANY

Dem soll die Hand abfallen



UWE SCHMITT

Sicher kann ich mir nicht sein, dass die Bundeswehr meinen Glückwunsch zum Sechzigsten annimmt. Denn ich habe mich ihr im Januar 1974 verweigert, aus Gewissensgründen und mit Erfolg. Meine Uniform, die ich vom 1. Juli 1975 an trug, war blütenweiß; meine Motorisierung ein brandneuer Mercedes-Krankenwagen, der 210 Sachen machte, wenn man ihn durch wegsprühenden Verkehr zum Einsatz trieb, gern auch mit Blaulicht.

Meine Ermannung verdanke ich keinem drillenden Spieß, sondern erfolgreichen Selbstmördern, die über ihre Rettung weinten, unbegreiflich tapferen Krebskranken, die über die Wochen der Behandlung federleicht wurden und uns aufmunterten. Meine Kameraden waren harte Burschen, die ihr Mitleid verkapselt hatten. Sie verloren nie die Ruhe, auch nicht bei Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten. Unsere Schlachten schlugen wir auf der Autobahn, in Wohnungen, die sauer nach Urin und Einsamkeit rochen, in Kneipen, wo volltrunkene Randalierer auf dem Boden bluteten. Nach meinem ersten Toten im Wagen gingen wir Leberwurstbrötchen kaufen. Dann desinfizier-

ten wir den Wagen. Nach sechzehn Monaten wusste ich mehr vom Leiden und vom Leben, als meine Freunde beim Bund. Ich half und lernte, es ging mir gut dabei. „Wer noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt“, hatte Franz Josef Strauß 1949 gesagt, „dem soll die Hand abfallen.“ Ich habe ihn gern zitiert.

Unterdessen nannte man mich wehr-tüchtigen Taugenichts einen Drückeberger, andere ließen mich gelten als halbwegs respektablen Zivildienstleistenden. Neben dem Dienst war ich Jazzmusiker und hochmütig genug zu meinen, zum „Bund“ gingen nur die Spießler. Bei manchen Jungen genoss ich Bewunderung; ich hatte mich getraut, einem Prüfungsausschuss zu erläutern, warum ich „irreparablen seelischen Schaden“ nehmen würde, wenn ich als Soldat töten müsste. Notwehr, auch Nothilfe für Familie oder Freundin, würde ich wohl leisten (in diese Falle ging ich nicht). Allein meine Gewissensqualen nach dem Schrecken hatte ich glaubwürdig darzustellen. Wir Abiturienten, wir hatten die Rhetorik. Seit vielen Jahren weiß ich, dass ich irre. Dieses Deutschland hat es sich verdient, auch mit Waffengewalt verteidigt zu werden. Keine Reue, ich glaubte aufrichtig damals. Und gratuliere morgen aufrichtig.

Uwe Schmitt, Jahrgang 1955, hat beinahe ein Vierteljahrhundert als Korrespondent fern der Heimat verbracht. Seit der Rückkehr entdeckt er deutsche Dinge neu.

Dialog der Kulturen? Man ahnt den „One World“-Kitsch, der mit diesem Ideal auch verbunden sein kann

LESERBRIEFE

Keine Erpressung

Zu: „Es gibt kein Recht auf Straßenkampf“ vom 9. Juni

Michael Wolffsohns Durchleuchtung der Begriffe Demonstrationsrecht und Straßenkampf sollte auch auf die Begriffe Streikbreuen und Erpressung Anwendung finden. Die Demonstration von Unzufriedenheit über Entlohnung und Arbeitsbedingungen wird niemand den Betroffenen verwehren, wohl aber die Anwendung von Erpressung gegenüber dem Arbeitgeber oder der Allgemeinheit. Die Möglichkeit, auf Kosten anderer die eigenen Vorteile zu vermehren, fördert nur den Raubtierinstinkt der auf Kampf ausgerichteten Organisationen, die unter dem Deckmantel „sozial“ Rechtslücken und Fehler in unserer Gesetzgebung für ihre Zwecke ausnutzen. Wo

bleibt der Zusammenhang zwischen Anstand, Rechtsempfinden und Rechtsanwendung bei Betrachtung der „Arbeitskämpfe“ von Flugkapitänen, Lokführern, Briefträgern und Kinderbetreuerinnen? In einigen dieser Kämpfe ist die Ausgewogenheit zwischen Nutzen und Schaden aus dem Ruder gelaufen. Diese Erkenntnis sollte zur Behandlung der Begriffe Straßenkampf und Arbeitskampf in unserer Rechtsprechung Berücksichtigung finden.

Hans Feldmann, Schleswig

Die Nato ist wichtig

Zu: „Mut zum Bündnis“ vom 10. Juni

Vielen Dank für Ihren Kommentar, in dem Sie in Erinnerung rufen, welchen weitreichenden historischen Wert das

DIE WELT

Donnerstag, 11. Juni 2015

Überlebenskampf der Flüchtlinge

Energiehunger der Welt lässt endlich nach

Die Welt

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71606, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Nato-Bündnis für die westliche Welt und besonders für Deutschland hatte und nach wie vor hat. Ohne die politische und militärische Stärke des Bündnisses hätte es auch keine Wiedervereinigung gegeben. Man fragt sich angesichts Ihrer zitierten Umfrage, ob in deutschen Schulen diese historischen Ereignisse der Nachkriegszeit ausreichend Bedeutung finden. Deutschland bleibt ein wichtiger Baustein als Nato-Partner. Dazu gehört, dass man bereit sein muss im Verbund auch dort präsent zu sein, wo es „wehtun“ kann.

Dietmar Krause, Goch

Jacques Schuster hat in seinem Kommentar Wesentliches dazu geschildert, wie es viele deutsche Bürger eigentlich mit ihrer Identität mit dem Westen im Rahmen der Nato halten. Gehen wir auf den schmerzhaften Kern nun ein. Die

deutsche Frage ist nämlich noch nicht abgeschlossen. Der verdrängte Kern hinter der als zerbrechlich wahrgenommenen Identifikation mit dem Westen liegt nämlich darin, dass viele Deutsche, einige politische Eliten ausgeschlossen, immer noch nicht verinnerlicht haben, dass es eine gewaltsame Antwort der Alliierten geben musste, damit Deutschland von der Nazi-Tyrannie befreit werden konnte. Dies forderte viele Opfer aufseiten der Alliierten gegen Deutschland. Auch eine in Deutschland überschätzte damalige Ostpolitik spielt eine Rolle. Der Westen bedarf nicht nur einer wehrhaften Demokratie im Inneren, sondern auch die reale Möglichkeit, sich gegen antiwestliche Interessen notwendigerweise gewaltsam im Rahmen der Nato zu wehren. Gründe für antiwestliche Einstellungen sind vielfältig. Unsere Sozialisation vor allem in den deut-

schen Medien und in der Schule trägt dazu bei. Ohne ein ausreichend positives Selbstbild vom Westen muss man sich nicht wundern, dass die Bürger sich rechten oder linken Ideologien anschließen, sodass eine stabile, ideologische Mitte, nicht empirische Mitte, zu kurz kommt. Deutschland, bleibe wachsam!

Thomas S. Berndt, Braunschweig

Einkauf-Probleme

Zu: „Aldi Nord setzt auf kontaktloses Zahlungssystem“ vom 10. Juni

Was nutzt das schnellere Kassieren, wenn die Waren nicht mit gleicher Geschwindigkeit weggeräumt werden können? Oder übernehmen das dann auch die KassierInnen?

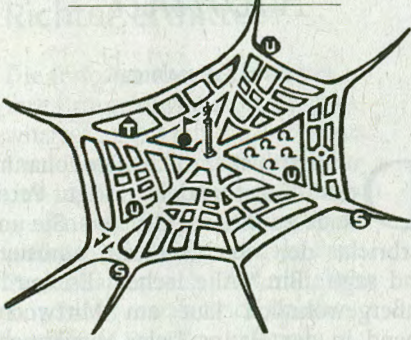
Hermann Schmitz, Pulheim-Brauweiler

Feuilleton

URBANE LEGENDEN

Wo bleiben die Türken?

TILMAN KRAUSE



Die Türken, also ich mag sie ja. Immerhin haben sie das beste, leichteste Mineralwasser der Welt. Erikli. Das habe ich im Spätverkauf („Späti“) entdeckt, seit es den nun auch bei mir in der Straße gibt. Der Ladenbesitzer weiß das. Und jedes Mal, wenn ich meiner Begeisterung für das flüssige Grundnahrungsmittel Ausdruck verleihen, kann ich davon ausgehen, dass er das nächste Mal wieder den Preis raufsetzt. Preisschilder gibt's ja hier nicht. Die Preise werden individuell auf die Kunden zugeschnitten. Und so ist mein Erikli-Sechserpack von anfangs 6 auf 9, 30 Euro geklettert.

Was der schlitzohrige Ladenbesitzer nicht weiß: Auch seine Angestellten schneiden die Preise auf mich zu. Und je nach Tagesform zahle ich bei diesen netten Leuten 7 oder 7,50 Euro. Wenn ich aus dem Newsroom komme sogar weniger. Für solche Spielchen liebe ich die Türken. Da komme ich mir dann richtig mediterran vor. Das erlebe ich mit deutschen Korinthenkackern nur selten.

Was mir an den Türken auch gefällt, ist die Sorgfalt, die sie auf ihr Äußeres verwenden. Jedenfalls so lange sie jung sind. Die Frauen sind für meinen Geschmack etwas zu aufgetakelt, aber das sind italienische oder spanische Frauen auch. Sensationell sind jedenfalls die Jungmannen. Während ihre deutschen Altersgenossen rumlaufen, als bereiten sie sich mit Fleiß auf ihren Hartz-IV-Status vor, sind türkische Zwanzigjährige fast durch die Bank gut angezogen, immer aber reichlich parfümiert.

Von Gesprächen im Sportstudio weiß ich, dass viele von ihnen jede Woche zum Friseur gehen. Sie haben auch, im Gegensatz zu jungen Deutschen, eine echte Frisur, hierzulande genehmigt man sich als Mann ja allenfalls einen Haarschnitt, wenn die Mähne so zottelig geworden ist, dass man das obligate T-Shirt nicht mehr drüberstülpen kann.

Nur an dem vulgären Auf-die-Straße-Rotzen türkischer Jungmänner sollte ich mich doch beträchtlich. Aber ich denke mir, dass das eine Ersatzhandlung für hormonellen Überschuss ist, die sich von selbst erledigt, wenn die sexuelle Grundversorgung gewährleistet ist.

Nur eines verstehe ich nicht, und darüber rede ich inzwischen mit allen türkischen Taxifahrern, von denen es ja in Berlin genauso wimmelt wie von türkischen Handyverkäufern, Friseuren und Gemüsehändlern. „Wieso“, frage ich da jedes Mal, wenn es sich anbietet, „wieso habt ihr eigentlich keinen Ehrgeiz, den Deutschen kulturell ein bisschen mehr euren Stempel aufzudrücken? Ihr ward doch mal ein Weltreich. Ihr habt doch was zu bieten. Aber ihr bleibt unter euch, lernt alle dieselben vier, fünf Berufe und hinterlasst dafür, dass ihr hier die größte Bevölkerungsgruppe nach den Deutschen seid, doch sehr wenig Spuren, kulturell gesehen.“

Alle Taxifahrer fallen dann regelmäßig aus allen Wolken. Ein Deutscher, der etwas von ihnen will? Das kann doch nicht wahr sein! „Doch, doch“, sage ich. „Die Italiener haben uns in den Sechzigerjahren die Eisdielen gebracht, in den Siebzigerjahren die Pizza, die Minestrone und manches mehr. Die Griechen taten es ihnen auf ihre Weise nach. Und alle anderen Einwanderer haben hier ebenfalls die Gastronomie zumindest bereichert, wenn nicht sogar gehoben. Warum kommt in der Hinsicht nichts von euch? Fatih Akins Film „Gegen die Wand“, Feridun Zaimoglus Romane und Erzählungen: Das kann doch wohl nicht alles sein, nach drei Generationen nun auch schon in diesem Land!“ Die Antwort nach längerem Hin und Her lautet dann häufig: „Man lässt uns ja nicht!“ Und schon ist meist die Taxifahrt zu Ende.

Aber ich will unbedingt das Gespräch fortsetzen und wissen: Stimmt das wirklich oder handelt es sich nur um eine faule Ausrede? Und daher freue ich mich schon auf den nächsten türkischen Taxifahrer. Vorausgesetzt, man kann sich mit ihm in jener Sprache unterhalten, die hier nun einmal mehrheitlich gesprochen wird.

MARCUS WOELLER

Unter den Linden zu promenieren, ist in Berlin zurzeit keine erhebende Erfahrung. Am Pariser Platz scheint die Welt noch in Ordnung. Doch dann beginnen die Großbaustellen. Ein Bohrer gräbt unter der Prachtstraße einen U-Bahn-Tunnel durch den Boden. Der großzügige Mittelstreifen für die Stadtflaneure fehlt. Dutzende der namengebenden Linden mussten weichen. Die Staatsbibliothek ist eine gefühlte Ewigkeit eingerüstet. Das Forum Fridericianum zu einem Drittel abgesperrt, weil die Staatsoper seit Jahren saniert wird. Und dort, wo die Straße mit einem sanften Knick über den Kupfergraben abbiegt, erhebt sich ein grauer Koloss. Über seiner Stirnseite thront etwas, das noch wirkt wie ein Flakturm, aber bald eine stolze Kuppel tragen wird. Der auf die Spreeinsel betonierte Rohbau soll mal wie ein Schloss aussehen – einst das architektonische Finale des Boulevards und Berlins wichtigster Repräsentativbau.

Heute feiert Berlin das Richtfest dieses Schlosses. Als Humboldtforum, wo die Stiftung Preussischer Kulturbesitz ihre außereuropäischen Sammlungen ausstellen will, wird die ehemalige Residenz der Hohenzollern wieder aufgebaut. In einer Schlossbauhütte arbeiten schon Steinmetze nach alten Fotovorlagen an Schmuckelementen. Simse, Ornamente, Reliefs und Figuren werden wie früher die noch aufzumauernde Barockfassade verzieren. Die Gesamtkosten sind mit rund 600 Millionen Euro veranschlagt. Der Förderverein Berliner Stadtschloss hat zugesagt, 105 Millionen Euro Spenden für die Fassadengestaltung einzuwerben, die Hälfte ist schon erreicht.

20 Jahre lang diskutierten Tradition und Moderne erbittert über die bauliche Zukunft am Schlossplatz. Über das Für und Wider einer Rekonstruktion stritten Schlossbefürworter mit Schlossgegnern. Der Rohbau, über dem heute der Richtkranz schwebt, ist ein Mahnmal des endgültigen Scheiterns der Modernisten. Nach Städtebau- und Architekturwettbewerben, in denen keine moderne Idee nachhaltig Profil entwickeln konnte, und mit einer Mehrheitsentscheidung des Bundestages für die Rekonstruktion haben sich die Traditionalisten durchgesetzt. Dabei war die Stimmung in der Bevölkerung lange gegen einen Wiederaufbau. Den Schlosskritikern gelang es aber nicht, diese Stimmung auf ein schlüssiges Konzept für eine zeitgenössische Bebauung des Areals einzulenkten.

Für die Traditionalisten bedeutet der Rohbau einen Triumph. Der Vorsitzende des Fördervereins und Hauptlobbyist für die Wiederaufstellung, Wilhelm von Boddien, kann endlich sich und „Berlin vom Phantomschmerz des verlorenen Schlosses heilen“. Denn in der monumentalen Kubatur von 180 Meter Länge und 120 Meter Breite kehrt das Schloss nach 65 Jahren tatsächlich zurück. Ein Schloss, dessen Renaissancevorgänger hier schon stand, als Berlin und Cölln noch zwei märkische Dörfer waren. Ein Schloss, dass der Bildhauer Andreas Schlüter zwischen 1699 und 1706 in ein Barockgewand kleidete und sein Nachfolger Johann Friedrich Eosander von Götthe erweiterte und überformte. Ein Schloss, das erst im 19. Jahrhundert zu einem echten Stadtschloss wurde. Äußerlich wird es wieder an die Kurfürsten, Könige und Kaiser erinnern, in seiner Funktion bricht es aber mit nationaler Selbstherrlichkeit. Als Regent zieht ein Engländer ein. Der renommierte



Will einmal ein Schloss werden: Dem Rohbau des Humboldtforums wird heute die Richtkrone aufgesetzt

te Direktor des British Museum in London, Neil MacGregor, wird Intendant des Humboldtforums.

Man darf sich freuen oder nicht, in jedem Fall aber gespannt sein, ob das Versprechen der Schlossfans, die Stadtstruktur sei überhaupt erst durch die Rekonstruktion zu verstehen, eingelöst wird. Der Architekt und ehemalige Leiter der Stiftung Bauhaus in Dessau, Philipp Oswalt, ein erklärter Schlossgegner und Rekonstruktionskritiker, freut sich nicht: „Es ist richtig, dass der Platz mit einem bedeutenden öffentlichen Gebäude bebaut werden musste, das auf die Sichtachsen Bezug nimmt. Aber man hätte den Stadtraum auch mit einer anderen Architektur reaktualisieren können“, sagt er im Gespräch. „Unter den Linden mit dem Schloss abzuschließen, war nicht alternativlos, sondern eine spezifische Setzung.“

Der Architekt Stephan Braunfels war dagegen immer ein Befürworter der Rekonstruktion: „Für mich war klar, dass Schlüters Schlossfassaden wieder aufgebaut werden müssten. Denn diese Fassaden waren mehr noch als Außenwände eines Schlosses Innenwände des um-

gebenden Stadtraums.“ Insofern stimme das Argument. Das Ensemble von Dom, Schinkels Altem Museum, Marstall und Zeughaus kann erst durch das Schloss wieder im Kontext erfahren werden.

Und doch bleibt das Schloss auch Attrappe. Der italienische Architekt Franco Stella, der nach dem Gewinn des Wettbewerbs mit der Rekonstruktion beauftragt wurde, hat eine Chimäre entworfen. An Nord-, West- und Südfront, im Schlüterhof und der im 19. Jahrhundert aufgesetzten Kuppel kopiert er den historischen Bau. Im modernen Inneren erfüllt er die funktionalen Raumforderungen. Die Ostseite – der älteste, unregelmäßig und kleinteiliger bebaute

Teil des Schlosses – wird nicht rekonstruiert, sondern mit einem sterilen Riegel verblendet, der an die uninspirierten Investorenarchitekturen erinnert, die in Berlin überall entstehen. Hier direkt an der Spree dreht das Schloss dem Stadtzentrum mit einem seelenlosen Baukörper den Rücken zu.

Schon das alte Schloss konnte mit der Stadt, die sich am anderen Ufer auf kleinsten Parzellen ausbreitete, nichts anfangen. Das neue gibt sich nun keine Mühe, seine Präsenz auch als Einladung an das Quartier zu sehen, das noch vor seiner Entwicklung steht. Denn auch zwischen Fluss, Marienkirche und Rotheraum trug die SED-Regierung al-

„Eine neue Geste dazu zu erfinden, hätte nicht gegen den Geist des Schlosses verstoßen, sondern eine politische Komponente in das Projekt gebracht“

Stephan Braunfels, Architekt

Ein Quell von Lumperei und Freiheit

Der innere Grieche: Helmut Markwort aktualisiert Niebergalls „Datterich“ in Darmstadt – mit prominenten Darstellern

ALEXANDER JÜRGES

Wie aktuell Ernst Elias Niebergalls „Datterich“ ist, uraufgeführt 1841, zeigt sich, als eine Gruppe als griechische Götter Verkleidete den Theatersaal stürmt und die Aufführung stört. „Schuldner, geheiligt sei deine unnütze Verschwendung“, ruft eine der Göttinnen ins Megafon. Ein anderer deutet auf die Bühne und schreit: „Wir sind die Schuldner, das sind die Gläubiger.“ Es wird gebrüllt, es kommt zu Handgreiflichkeiten, das Megafon wird den Protestierenden entrissen, die Gruppe aus dem Saal geführt. Einer skandiert irgendwas mit „Springer“ – was augenscheinlich damit zu tun hat, dass Mathias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer („Welt“, „Bild“) hier neben anderen Prominenten auf der Bühne steht.

Verweise auf die Griechenlandkrise gab es bereits, als die Aufführung noch

ganz regulär lief. Sie drängen sich geradezu auf. Hauptfigur von Niedergalls in südheßischem Dialekt verfasster Komödie ist ein in Ungnade gefallener Finanzbeamter des Großherzogtums Hessen-Darmstadt, ein charmanter Trickser, der einen riesigen Berg Schulden angehäuft hat, dem es aber doch immer wieder gelingt, jemanden dazu zu animieren, ihm einen Schoppen säuerlichen Apfelwein oder einen Assmannshäuser Roten zu spendieren. Datterich ist gerissen, smart, ein Verführer. An Janis Varoufakis denkt man quasi automatisch. Sätze wie „Man meint, man wäre in Athen“, gesprochen in der Szene, in der der verschlafene Datterich aus dem Bett geholt werden muss, hätte es dafür gar nicht gebraucht.

In seinem Stück zeichnet Niebergall diesen windigen, sich durchs Leben schlagenden Müßiggänger mit viel Sympathie. Einen „Quell von Lumperei und Freiheit, der durch lauter Muff fließt“,

nannte ihn Ernst Bloch. Vor 200 Jahren, im Januar 1815, wurde Datterichs Schöpfer in Darmstadt geboren. Im Jubiläumsjahr widmet man ihm in seiner Heimatstadt nun erstmals ein eigenes Theaterfestival. Der subversive Spötter Niebergall war nicht nur ein Zeitgenosse Büchners, er wurde höchstwahrscheinlich auch von dem gleichen Studenten als republikanischer Dissident angeschwärzt, der für die Verhaftung des Verfassers des „Hessischen Landboten“ verantwortlich war.

Nach dem Bühnensturm ist es Helmut Markwort, der frühere „Focus“-Chefredakteur, der als Erster wieder das Wort ergreift. Er gibt den Gegenspieler Datterichs, den wohlhabend-bürgerlichen Drehmeister Dummback. Während Datterich am einen Bühnende mit seinen Karten spielenden Freunden die Weinflasche entkorkt, wird bei den Dummbacks aus feinem Porzellan Kaffee getrunken und die Zeitung gelesen. Filou gegen Bildungsbürger, Exzess gegen Etikette.

„Das war eine Demonstration, die uns nicht erschüttern kann“, sagt Markwort, nachdem die protestierenden Götterdarsteller den Raum verlassen haben, und steigt wieder in die unterbrochene Szene ein. Später, nach dem Schlussapplaus, wird einer der Kuratoren auf die Bühne treten und erklären, dass es sich bei der Störaktion um den spontanen Auftritt einer Performancegruppe handelte, die mit einer Inszenierung unter dem Titel „Schulden. Eine Befreiung!“ ebenfalls an dem Festival teilnimmt. Soll noch einmal jemand behaupten, die Provinz böte keinen Raum für rebellischen Theatergeist.

Niebergalls „Datterich“ erfährt seit einiger Zeit eine erstaunliche Renaissance. Gerade feierte, ebenfalls im Rahmen des Darmstädter Festivals, eine Neuinszenierung von David Giesemann Premiere, die den gefallenen Finanzbeamten als Loser im Kunstfellmantel zeigt. Wenige Wochen älter ist eine Frankfur-

ter Inszenierung, in der Hans Diehl ihn als müden Melancholiker spielt. Der Datterich in der von Markwort initiierten Fassung, dargestellt von einem Jugendfreund, dem Juristen Heinz Holzhauer, ist agiler, vitaler – und klassischer. Als „Liebhaber-Ensemble“ versteht sich die Gruppe, die das Stück, nicht zum ersten Mal, spielt. Neben Markwort und Döpfner gehören auch der Wirtschaftsjournalist Frank Lehmann, der frühere „Wirtschaftswoche“ Bert Rürup und Rüdiger Fritsch, Präsident beim Bundesliga-Aufsteiger SV Darmstadt 98, dazu.

Am Ende des Abends, nach einigen Intrigen, verhinderten Duellen und durchgeführten Gelagen, wird Hochzeit gefeiert. Der Einzige, der nicht eingeladen ist, ist Datterich. Er hat den Bogen überspannt. Wie das griechische Drama ausgeht, wird noch verhandelt.

„Das Schloss schottet sich ab, ist frei gestellt wie ein modernes Monument“, sagt Philipp Oswalt. Er vermisst die Öffnung in den Stadtraum, aber das hätten die Richtlinien des Architekturwettbewerbs verhindert. Stephan Braunfels hat daran teilgenommen, obwohl ihm klar war, dass sein Vorschlag gegen die Auflagen verstieß. Er wollte lediglich eine Art Letztner an die Spreeseite stellen und flog in der ersten Runde raus. Angesichts des Siegerentwurfs von Stella präsentierte er – viel zu spät – noch einmal einen früheren Entwurf, dem die Ostfassade völlig fehlt: der Schlüterhof als offenes Entree mit spiegelsymmetrischen Seitenflügeln.

„Eine große neue Geste dazu zu erfinden, die nicht gegen den Geist des Schlosses verstößt, hätte eine politische Komponente in das Projekt gebracht“, erklärt Braunfels, „und aus einem feudalistischen Schloss – ein demokratisches Forum gemacht.“ Dieses Schloss hätte so ein zweites Gesicht bekommen, wenn auch ein eher französisch anmutendes.

Oswalt vermutet hinter der Berliner Richtungsentscheidung zwei Motive. „Erstens erkennt man die sich seit den Siebzigerjahren radikalisierte Sehnsucht, das 20. Jahrhundert ungeschehen zu machen und am 19. Jahrhundert anzuschließen. Zweitens ist es eine nationale Setzung, wo man mit halb schlechtem Gewissen an die preußische Erbe anknüpfen will, das man in einem Akt der Political Correctness wieder konterkariert mit der Idee, im Schloss die außereuropäischen Sammlungen unterzubringen.“ Daher vertraue man eben lieber einer technischen Reproduktion – und sozusagen einer Architektur ohne Architekten.

Berlin bekommt ein Gebäude, das von drei Seiten so tut, als sei es ein Schloss, und von einer Seite offenbart, dass es keine Vorstellung hat, was es darüber hinaus sein könnte. Aber Gesichtslosigkeit ist auch praktisch. Ihr gegenüber kann man alles bauen, auf eine wie auch immer geartete Öffnung müsste man reagieren. So vervollständigt der Neubau zwar das historische Ambiente in aller schönster barocker Form, verweigert sich aber als ein Gebäude der Gegenwart einem zeitgemäßen städtebaulichen Dialog.

Als älteste und nobelste Architektur in Berlin war das Schloss jahrhundertlang das natürliche Gegenüber, an dem sich Stadtplaner und Architekten zu messen hatten, dessen Konkurrenz sie annehmen mussten oder überflügeln wollten. 1950 wurde es im Auftrag Walter Ulbrichts und in einem Akt der Barbarei gesprengt. Mit seiner lang erwarteten Rückkehr hätte es mehr als die Nostalgie befriedigen müssen, sondern auch in die urbane Zukunft wirken können. Doch dort, wo sich das Schloss modern zeigt, etabliert es eine Ästhetik des Egalen. Die hat in Berlin leider schon viel zu viele Beispiele.

Das Datterich-Festival läuft noch bis zum 14. Juni.